

Bewegungs-Gebühr
nach Süden für Dres-
den bei täglich zweimaliger Durchfahrt am
Sonntag und Montag
nur einmal 2,50 M.,
durch auswärtige Rund-
reisebüros bis 3,25 M.
Bei täglicher Durch-
fahrt durch die Post
2 M. (oder Selbstfahrt).
W u s i n d: Zeit-
reisebüro 3,40 M.,
Gesamt 3,60 Mts.,
Posten 7,17 Mts. —
Nachdruck nur mit
ausdrücklicher Quellen-
angabe. Dresden:
Post, täglich. Un-
veränderte Preisliste
wird nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liebsch & Reichardt in Dresden.

Telegramm-Adresse: **Nachrichten Dresden**.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25 241
Nachanschluß: 20 011.



Anzeigen-Tarif.
Annahme von Anzeigen
bis morgens 8 Uhr. Sonntags und
Märztagen ab 10 Uhr. Die
einmalige Zeitsatzung
8 Silber 30 Pf., die
zweimalige Zeitsatzung
16 Silber 30 Pf., die
gewöhnliche Zeitung
1,00 M. Sonntags
Nachrichten aus Dresden
bis einschließlich 10 Uhr.
Vom 1. April bis zum
1. November nach Sonntags- und
Feiertagen einschließlich
Zugangs. Ausserordentliche
Angebote nur gegen
Vorlage Belegung.
Jedes Belegblatt kostet.

Geschäftsführer:
Marienstraße 38 40.

Schlaflosigkeit
nervösen Ursprungs
Soporal, amerikan. Baldrian-Extrakt.
Flasche 1,10 M. und 2 M.
Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.



Lederwaren - Reise-Artikel

Für eilige Leser

am Freitag morgen.

Die Erste Kammer behandelte gestern noch die Staatskapitel des Justizministeriums, wobei es zu einer längeren Aussprache kam.

Die Zweite Kammer erledigte gestern nach einer Geschäftsordnungssitzung das Staatskapitel über das Elsterbad und noch einige andere Staatskapitel.

Der Rechnungsausschluß der Stadt Dresden auf das Jahr 1913 ergibt beim üblichen Haushalt einen Überschuss von 1 129 600 M. und bei der evangelischen Schulgemeinde einen Überschuss von 530 000 M.

Die Stadtoberhäupter bewilligten nach intensiver Debatte die Ueberreichungen der Baumsumme für das Italienische Dorfchen.

Die neue Löwen-Apotheke soll am 1. Oktober eröffnet werden.

Der Kaiser trifft nach Abschluß der Braunschweiger Tauftfeierlichkeiten am 11. Mai in May ein, von wo er sich am 12. Mai nach Wiesbaden begibt.

Generaloberst v. Kessel, Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin, Generaladjutant des Kaisers, feiert heute sein 50-jähriges Militärdienstjubiläum.

Am Reichstag beantwortete gehörn Staatssekretär Dr. Delbrück die sozialdemokratische Interpellation über die mecklenburgische Verfassungsfrage.

Das Schützen-Volksfest wird nach Erledigung seiner Probefahrten von der Heeresverwaltung übernommen.

Der nordamerikanische Dienst der Hamburg-Amerikalinie von Enden aus wurde gestern eröffnet.

Die monatengünstige Regierungswandte sich infolge eines Angriffes albanischer Banden mit dem Ersuchen um Intervention der Großmächte.

Oberst Goethals hat beschlossen, den Schiffsvorlehr durch den Panamakanal am 10. Mai beginnen zu lassen.

Wetteranzeige der amt. ländl. Landeswetterwarte: Nordwestwind; wolkig; läbt; zeitweise Niederschlag.

Die mecklenburgische Verfassungsfrage

hat wieder einmal den Reichstag beschäftigt. Vom bundesstaatlichen Standpunkt ist das keine erfreuliche Erscheinung; denn wenn es auch an sich wünschenswert sein mag, daß in allen Einzelstaaten verfassungsmäßige Einrichtungen vorhanden sind, die in den wesentlichen Grundzügen mit dem konstitutionellen Reichsorganismus übereinstimmen, so muß doch streng daran gefordert werden, daß aus solchem Anlaß kein Eingriff des Reiches in die verfassungsmäßige bundesstaatliche Selbstständigkeit der Einzelstaaten hoffindend darf. Der Artikel 76 der Reichsverfassung, der hier in Betracht kommt, besagt: „Verfassungstreitigkeiten in solchen Bundesstaaten, in deren Verfassung nicht eine Behörde zur Entscheidung solcher Streitigkeiten bestimmt ist, hat auf Anrufen eines Teiles der Bundesrat gütlich auszugehen oder, wenn das nicht gelingt, im Wege der Reichsgesetzgebung zur Erledigung zu bringen“. Nun besteht aber offensichtlich in Mecklenburg eine Behörde, die über Verfassungstreitigkeiten zu befinden hat, nämlich die sogenannte „Kommission“; und zweitens wird Artikel 76 von der weitans überwiegenden Mehrheit der juristischen Autoritäten dahin ausgelegt, daß er nur für Streitigkeiten aus Anlaß einer bereits bestehenden Verfassung Geltung habe, nicht aber dann, wenn eine neue Verfassung erst eingeführt werden soll. Hierin kann das Reich unmöglich auf Grund des Artikels 76 in der Sache vorgehen, sondern nur, wenn es von der mecklenburgischen Regierung und den dortigen Landständen gemeinsam angerufen würde. Dazu ist aber gar keine Aussicht vorhanden. Wenn unter solchen Umständen die sozialdemokratische Fraktion die Dreifachheit besitzt, an den Reichskanzler die Anfrage zu richten, ob er für die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Mecklenburg sei, so ist das eine kaum noch parlamentarisch zu kennzeichnende Herausforderung, die nicht sofort genug zurückgewiesen werden kann. Was die Partei des Umsturzes mit einer derartigen Aktion bedacht ist klar: sie will dadurch ihr geschwollenes Machtbewußtsein und ihre gänzliche Missachtung der verfassungsmäßig gewohntesten bundesstaatlichen Selbstständigkeit, sowie ihr Bestreben fundgeben, die Einzelstaaten in ihren verbreiteten Rechten zu vergewaltigen, um im Reiche den unitaristischen Radikalismus desto mehr zu festigen.

Bezeichnenderweise ist es überhaupt die extreme Linke, die sich fortgesetzt über die mecklenburgische Verfassungsfrage am meisten den Kopf zerbricht, die immer wieder im Reichstage die Sache auss Tapet bringt, und in der ihr unitaristisches Gemüt angenehm ihrlinden Vorstellung schwelgt, daß das Reich im Wege der „Bundesrevolution“ dem Partei Geldmarkt befriedigt werden sollte. Behändel treiben eine Machtpolitik. Die sozialdemokratische Inter-

Weltgehendste Auswahl in
Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.

Versand nach auswärts. — Katalog kostenloser.

Adolf Näter Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft
zu Prager Straße 26.

Versand nach auswärts. — Katalog kostenloser.

eine solche Absicht wirklich, so ließe sich daraus auch die unvermittelte Bedeutung einer bisher nicht merklich in die Erscheinung getretenen „Freundschaft“ zwischen Wien und Petersburg genügend erklären; denn bei andauernd gespannten Beziehungen des Donaustates zu Russland würden die französischen Geldgeber sicher nicht geneigt sein, ihre Taschen zu öffnen.

Drahtmeldungen

vom 30. April.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)
Berlin. (Prin. Tel.) Hrh. Herzfeld (Soz.) legt zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation über die mecklenburgische Verfassungsfrage:

Alle Versuche des Reichstages, hier einzutreten, habe der Bundesrat abgelehnt. Der Großherzog habe sich schließlich entschlossen, eine Verfassung dem Lande aufzutragen. Hätte sich die Reichsregierung hinter den Großherzog gestellt, so wäre die Verfassung in Kraft getreten. So aber habe sich deutlich die Machtherrschaft des Landesherrn gegenüber den Standen gezeigt. Die Standen hätten eine vernünftige Steuererhebung verhindert.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Verbündeten Regierungen haben ihren Standpunkt in der Frage wiederholt dargelegt. Er hat sich seit Ende 1913 nicht geändert. In voller Übereinstimmung mit sämtlichen Bundesregierungen ist der Reichskanzler nicht in der Lage, der Anregung der Interpellation zu entsprechen. (Weiß rechts.)

Reichsritter v. Brandenburg:

der mecklenburgische Gesandte, führte aus: Namens meiner Regierungen möchte ich mich der Erklärung des Staatssekretärs an. Die Großherzolichen Regierungen stehen noch wie vor auf dem Standpunkte, daß ein Eingreifen des Reiches in die Verfassung eines Einzelstaates nicht erwünscht ist. Der Abgeordnete Herzfeld hat die tatsächliche Lage in Mecklenburg nicht richtig wiedergegeben. Wir haben eine Steuerreform, ganz gleichzeitig derjenigen in Preußen. Das ist ein wesentlicher sozialer Fortschritt (Sehr richtig! rechts) und wird auch in Mecklenburg als solcher angeschaut. Auch der Fall Malhahn ist nicht richtig dargestellt. Ich habe allerdings die Alten nicht hier, da ich nicht erwarte, daß er zur Sprache kommen würde. Landrat v. Malhahn hat sich einem Gerichtsrichter gegenüber zu einer ein wenig derben und unrichtigen Auseinandersetzung hinreisen lassen: Von einem so jungen Mann läßt mich nicht vernehmen. (Ra ja! bei den Sozialdemokraten. Unruhe.) Es wurde ein Vergleich für erwünscht angesehen, wie das immer der Fall und nach vorausgesetzten ist. Für eine solche Klage muß doch ein öffentliches Interesse vorliegen, wenigstens war das die Ansicht des Chefs der Justizverwaltung. Das Privatlageverfahren ist aber keinen Weg gegangen und in den letzten Tagen durch einen Vergleich entschieden worden, in dem der Landrat anerkannt, daß er zu weit gegangen sei. Daran kann also der Justizverwaltung kein Vorwurf gemacht werden. Unruhe bei den Sozialdemokraten. Ich bin nun einmal dieser Ansicht! (Zurun bei den Sozialdemokraten: Es ist mecklenburgisch!) Wenn auf den Gütern der Mittelstand keine Fortbildungsschulen sind, so gibt es doch auch nicht in Preußen auf den Mittelgütern, sondern nur in den Städten. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Die Beipräfung der Interpellation.

Abg. Dr. Spahn (Cent.): Wir haben den Wunsch, daß Mecklenburg eine Verfassung erhält, halten aber den Reichstag nicht für zuständig. Wenn der Bundesrat eine Vorlage bringt (Zurun bei den Sozialdemokraten: Das wollen wir ja!), werden wir dafür stimmen. Der Reichstag kann aber aus sich heraus nicht darauf hinzuwirken. — Abg. Roland-Eckardt (Ldp.): Wir haben den lebhaftesten Wunsch und die Pflicht, die Autonomie des Reichstages auf den mecklenburgischen Landtag zu lenken und im gegebenen Maße das Eingreifen des Reichstags zu erwirken. Die jeweilige Interpellation wird allerdings die mecklenburgischen Wähler auf eine angemessene Verfassung kaum vorwärts bringen. Wir werden unsererseits nächstens einen Antrag einbringen und dann näher auf die Sache eingehen. — Abg. Dr. Wendt (Rp.): Die Antwort des Staatssekretärs kann nicht befriedigen und die des mecklenburgischen Gesandten widerdrückt gewissen Anerkennungen führender Männer in Mecklenburg-Strelitz. Dort hat man ein Eingreifen des Reichstags gewünscht. So geht es nicht mehr weiter. Die mecklenburgische Rückständigkeit ist sprachwörtlich in Deutschland geworden und das herrliche Land mit seinem prächtigen Volke leidet darunter. Mecklenburg kann nur zu seinem Recht kommen, wenn der Reichstag hilft. Das ist unsere heilige Pflicht. — Abg. v. Graeve (Cons.): Der Streit um die mecklenburgische Verfassung ist so alt wie das Reich selbst. Das Eingreifen des Reichstages widerspricht dem überparteilichen Charakter des Reiches. Das mecklenburgische Volk würde die Einmischung des Reiches als eine Entmündigung ansehen. (Lachen links!) Mit dem Antrage wollen die Sozialdemokraten den Liberalen nur das Wasser bei den Bächen abgraben. — Abg. Sintowich (Rp.): Die Stände